

Hahn-Verkauf: Politischer Streit ebbt nicht ab



Eine Maschine der Airline Ryanair rollt am Terminal vorbei. Foto: Thomas Frey/Archiv Foto dpa

(Mainz) Der politische Streit um den Verkauf des Hunsrückflughafens Hahn an einen chinesischen Investor geht weiter. CDU-Fraktionsvize Alexander Licht warf der Landesregierung am Donnerstag im Landtag mangelnde Sorgfalt und Transparenz vor.

23.06.2016

Rolf Seydewitz

„Sie verkaufen den Hahn an ein Phantom“, meinte Licht unter Verweis auf den offenbar auch in China weitgehend unbekanntem Investor, die Firma Shanghai Yiquian Trading Company (SYT). Licht forderte, dass der Rechnungshof den Verkauf prüfen solle. AfD-Parlamentarier Matthias Joa bemängelte das fehlende wirtschaftliche Konzept der Käufer.

Anzeige

Der für den Verkauf zuständige rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz wies die Kritik zurück. Das Engagement des privaten Investors biete großes Potenzial für die positive Weiterentwicklung des Hunsrückflughafens, sagte der SPD-Politiker. Daniel Köbler (Grüne) und Thomas Roth (FDP) betonten, zu der Hahn-Privatisierung gebe es keine Alternative.

SPD-Fraktionschef Alexander Schweitzer warf der CDU erneut vor, in der Debatte über die Zukunft des Hahn nur zu kritisieren und keine Alternativen vorzuschlagen. „Sie haben Verantwortungsangst“, meinte Schweitzer in Richtung Oppositionsbänke. Der Verkauf des Hunsrückflughafens soll mit der Verabschiedung des entsprechenden Gesetzes in der nächsten Landtagssitzung Mitte Juli endgültig besiegelt werden. sey

Anzeige